Kaland 0132/2021/AMT/V

Von: Jürgensen, R.
Gesendet: Freitag, 15. Januar 2021 15:10
An: Kaland
Betreff: Fwd: Homeoffice / Pandemie, bitte weiterreichen an Personalrat

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: Michael Rahn <mr@kommunikateam.de>
Datum: 15. Januar 2021 um 15:06:54 MEZ
An: "Jürgensen, R." <r.juergensen@amt-gums.de>, "Wulff, F." <f.wulff@amt-gums.de>, "Neumann, Juergen" <j.t.neumann@t-online.de>, Luetje <luetje@amt-gums.de>, Foerthmann <foerthmann@amt-gums.de>, Banaschak <banaschak@amt-gums.de>, utehmke@gmx.de, Hauschildt <hauschildt@amt-gums.de>, "Neumann, Je." <neumann@amt-gums.de>, Jathe-Klemm <jathe-klemm@amt-gums.de>, Wiese <wiese@amt-gums.de>, Falkenhagen <falkenhagen@amt-gums.de>
Betreff: Aw: Homeoffice / Pandemie, bitte weiterreichen an Personalrat
Antwort an: mr@kommunikateam.de

Moin Herr Jürgensen,

vielen Dank für die ausführliche Antwort, die auch allen Bürgermeistern und Mitgliedern des Amtsausschusses zur Verfügung gestellt werden sollte. Ich glaube Ihnen, dass Sie täglich daran arbeiten, die Ansteckungsgefahr der Mitarbeiter zu minimieren.

Trotzdem muss das ein Thema sein im Amtsausschuss. Wir lesen gerade alle, dass die Verantwortlichen in Land und Bund dringend raten, die Kontakte auch in den Betrieben weiter zu minimieren. Darüber müssen wir auch bei uns nachdenken - gemeinsam. Ich weiß, dass nicht alles und jedes möglich ist, um es auszulagern.

Sie schreiben mehrfach, dass das Ehrenamt sich beklagt, dass Kollegen nicht zu erreichen sind oder andere Ansprüche nicht erfüllt werden können. Deshalb müssen wir alle sensibiliseren, dass zurzeit und vielleicht auch auf Dauer nicht alles möglich ist, und gemeinsam nach Wegen suchen, um die Arbeit effizienter zu gestalten.

Vom Personalrat habe ich auf meine Initiative hin eine Äußerung erhalten, dass man sich in der nächsten Sitzung mit dem Thema beschäftigen will. Das bedeutet doch, dass es Gesprächsbedarf gibt. Das sollten haupt- und ehrenamtliche Politik bei nächster Gelegenheit ebenfalls machen - gern auch per Video. In meiner Initiative frage ich auch nach Mitteln, Methoden, um Homeoffice sicherer und attraktiver zu machen. Dass es nichts gibt, was verbessert werden kann, kann ich mir nicht vorstellen. Gemeinsam sollten wir beispielsweise Druck auf das Innenministerium machen, dass wir endlich die technischen und rechtlichen Voraussetzungen dafür bekommen, Sitzungen auch formgerecht per Video zu organisieren. Den Schulen werfen wir vor, sich nicht ausreichend auf die zweite Welle des Homescoolings vorbereitet zu haben. Auch uns fehlen trotz des langen Vorlaufs weiterhin die sicheren Programme, um Politik und Selbstverwaltung mit Abstand zu gestalten.

Auch für die Zeit nach Corona müssen wir nach Wegen suchen, um wirtschaftlicher agieren zu können. Den Hinweis von Ihnen, es könnten keine Zahlen genannt werden, da das Homeoffice des Amtes sich ständig ändere - tut mir leid - das akzeptiere ich nicht. Ich will keine Daten jetzt und sofort und genaue Beschreibung, welcher Mitarbeiter wo arbeitet, und auch keine möglichen Ausgaben oder Einnahmen auf den Cent genau, aber ich will wissen, wohin wir steuern und wie wir als Kommunalpolitiker unsere Hauptverwaltung auch im Neubau finanzieren können.

Ich freue mich auf weitere Debatten und den Austausch von Ideen mit Ihnen und allen anderen.

Frische Grüße aus der Marsch

Michael Rahn

Am 15.01.2021 um 14:11 schrieb Jürgensen, R.:

Moin, Moin Herr Rahn,

zunächst der Hinweis, dass ich bei meiner Antwort einen größeren Adressatenkreis gewählt habe.

Am 13. März 2020 kam ich von einer Konferenz zur drohenden Corona-Pandemie aus Brüssel zurück und Herr Wulff hatte für mich an diesem Tag an der Verwaltungsleiterrunde mit dem Landrat teilgenommen. Nachdem wir beide uns zu dieser sich anbahnenden Pandemie ausgetauscht hatten, haben wir sofort für Sonnabend den 14. März 2020 zu einer Sitzung einberufen und einen Krisenstab gebildet.

Dieser Krisenstab besteht aus dem Büroleiter sowie allen Fachbereichsleitungen, dem Amtsvorsteher als Vertreter der Selbstverwaltung, meinen beiden ehrenamtlichen Stellvertretungen (BGM Banaschak und BGM Ehmke) sowie Frau Falkenhagen, als Fachfrau für das Personal, sowie situationsbedingt im Einzelfall Frau Förthmann als Personalratsvorsitzende und natürlich meiner Person.

Aufgabe des Krisenstabe ist es, mich bei meinen Entscheidungen zu beraten und zu unterstützen.

Anfänglich haben wir zweimal wöchentlich getagt und sind nun aber bei einer wöchentlichen Sitzung angekommen. Diesen Krisenstab werden wir auch erst dann beenden, wenn wir wieder normale Zeiten haben.

Gleich in der allerersten Sitzung ging es darum, wie wir den Spagat schaffen, für unsere Kunden da zu sein und dennoch die Belegschaft vor einer Ansteckung am Arbeitsplatz zu schützen. So haben wir neben den Maßnahmen der weiteren Desinfektionsmöglichkeiten, der Aufstellung von Schutzwänden, der kostenfreien Bereitstellung von Masken und der Zugangssteuerung zum Amtshaus insbesondere anhand der Namensliste aller Mitarbeiter*innen einzeln betrachtet und gemeinschaftlich und sehr großzügig entschieden, wenn wir sofort ins Homeoffice schicken.

Da wo notwendig, haben wir unmittelbar auch eine technische Ausrüstung beschafft, um die Arbeit von zu Hause zu ermöglichen.

Zudem haben wir sofort Schichten gebildet, um bei einer möglichen Quarantäne innerhalb des Personalkörpers mit einer zweiten Schicht den Betrieb aufrechterhalten zu können.

Auch betrachten wir fortlaufend die Zugangssteuerung zum Amtshaus und entscheiden situativ zwischen Terminvergabe und Einzelzugang auch ohne Termin.

Die Betrachtungen sind demnach fortlaufend und werden im Krisenstab immer diskutiert und sind mir bei meiner finalen Entscheidung eine große Hilfe. Gerade heute haben wir zwei weiteren Kolleg*innen ins Homeoffice beordert. Eine erneute Betrachtung bzw. Beratung, so wie von Ihnen gewünscht, ist daher entbehrlich, da wir uns regelmäßig und fortlaufend damit auseinandersetzen.

Von daher ist es auch schier unmöglich, die gewünschten Zahlen zu liefern, da diese sich wöchentlich ändern (bis auf die Kolleg*innen, die aufgrund bestehender Vorerkrankungen aufgrund meiner Anordnung seit dem 14. März nicht mehr im Amt arbeiten dürfen).

Aber ist das alles die Lösung bzw. so einfach?

Derzeit bewege ich mich als oberste Dienstbehörde und Arbeitgeber auf sehr dünnem Eis, da ich diverse Vorschriften zur Ausübung von Homeoffice missachte. Zum Glück tragen der Personalrat sowie auch die Datenschutzbeauftragte dieses aufgrund der besonderen Situation mit.

Homeoffice setzt voraus, dass die technischen Möglichkeiten zu Hause auch gegeben sind. Die von uns dann gestellte Ausstattung ist dabei das kleinere Problem. Wichtiger ist, dass nicht jeder bzw. jede zu Hause über eine ausreichende Bandbreite verfügt, um sich über eine sichere Verbindung auf unserem Server einzuwählen.

Eine weitere Voraussetzung ist, dass die Tätigkeit zu Hause dem Datenschutz entsprechen muss. Also in einem separaten Raum zu Hause und es muss sichergestellt sein, dass kein Angehöriger den Raum während der Arbeitsleistung betritt. Auch sind sämtliche Unterlagen zum Arbeitsende so sicher zu verschließen, dass Dritte keinen Einblick in die Unterlagen erhalten können.

All diese Punkte "übersehen" wir derzeit und ich hoffe, dass wir hier unbeschadet durchkommen.

Gibt es weitere Aspekte?

Leider ist die Kehrseite der Medaille, dass es vermehrt Beschwerden von Kunden und auch aus dem Ehrenamt gibt, dass Kollege X oder Kollegin Y nicht im Hause ist, nur schwer zu erreichen ist, gerade nicht in der Schicht arbeitet, die vor Ort ist usw.

Auch die gemeinschaftliche Entscheidung aus dem Krisenstab, Besprechungen und Ortstermine vollständig abzusagen und nur im Einzelfall nach vorheriger Genehmigung und bei unaufschiebbarer Notwendigkeit zuzulassen, hat schon zu erheblicher Kritik aus dem Ehrenamt geführt.

Da Homeoffice auch bedeutet, dass in vielen Fällen, z.B. zur Sicherstellung der Kinderbetreuung, die Arbeitszeit dort wo möglich und notwendig relativ flexibel ausgeübt werden kann, gestaltet sich die Abstimmung untereinander extrem schwierig und auch der Aspekt der Führung gestaltet sich zunehmend schwieriger. So ist das Zeitfenster des Erhalts von Nachrichten und Anrufen nicht nur bei den Kolleg*innen sondern gerade bei den Führungskräften erheblich angewachsen. Ein intensiver Austausch von Nachrichten oder auch Telefonaten deutlich nach 20:00 Uhr ist keine Seltenheit mehr.

Auch ist es tatsächlich nur eine kleine Anzahl von Kolleg*innen, die auf Nachfrage erklärt haben, sich dauerhaft die Tätigkeit im Homeoffice vorstellen zu können. Die meisten derzeit zu Hause Tätigen wünschen sich sehnlichst, wieder im Büro arbeiten zu können, da der Austausch und der kurze Dienstweg fehlen und immer genau die Akte fehlt, die gerade nicht mit nach Hause genommen wurde.

Ein weiteres Problem ist, dass bevor wir nicht flächendeckend auf die digitale Akte umgestellt haben - und das setzt die vollständige digitale Akte auch für alle Mandatsträger und den absoluten und vollständigen Verzicht auf Papier voraus, wir immer sicherstellen müssen, dass die Akten, die den Zugriff für mehrere Kolleg*innen sicherstellen müssen, nicht mit ins Homeoffice genommen werden können, was uns vor weitere Probleme stellt.

Es entstehen derzeit Reibungsverluste dadurch, dass kurze, spontane Besprechungen / Infos nicht möglich sind. Statt 5 Minuten zu sprechen, werden Mails hin und her geschickt, was unterm Strich mehr Zeit kostet, auch durch dauernde Unterbrechungen der eigenen Arbeit.

Eine Vielzahl unserer Tätigkeiten erfordern Bürgerkontakt. Damit ist Homeoffice z.B. keine Lösung in den Bereichen des Meldeamtes oder der Wohngeldstelle. Das wiederum führt zu einer gefühlten Ungerechtigkeit "der darf zu Hause sein und ich nicht".

Dazu noch ein Auszug aus einer Nachricht einer Kollegin, die mich erst vor wenigen Tagen erreicht hat:

"Die Kollegen vor Ort werden durch Homeoffice mehr belastet. Kleines Beispiel: Frau H. ist im Homeoffice, hier müssen wir dann bspw. Posteingänge einscannen, Ausdrucke von ihr "ablegen" oder Aktenbestandteile ihr zumailen, wenn sie etwas braucht, was hier ist. Postausgang ist auch nicht täglich / zeitnah möglich. Auch das muss geplant sein. Es ist nicht schlimm, aber dadurch muss der Kollege vor Ort eine Art "Vertretung" machen. Hat also weniger Zeit für die eigenen Aufgaben. Auch Absprachen und Hilfestellungen dauern länger, per Mail ist das schwierig. Da sind wir wieder bei den Reibungsverlusten. Alles machbar, aber es nimmt Ressourcen in Anspruch. Beiderseits. Werden Akten von mehreren Kollegen gleichzeitig benötigt, muss auch hier geplant werden, wer die Akte wann hat."

..und eine weitere Nachricht eines Kollegen:

"Herr Jürgensen, Sie fahren hier den Betrieb auf ein Minimum herunter, schicken uns ins Homeoffice, untersagen Besprechungen, aber die Gemeinden machen weiterhin ihre Sitzungen und da soll ich dann hinlaufen. Bitte erklären Sie mir, warum ich mich dann dort nicht anstecken kann."

Die Planung einer Untervermietung setzt voraus, dass ich bei Abschluss eines Untermietvertrages zweifelsfrei weiß, welche Büroflächen für einen sehr langen Zeitraum nicht mehr vom Amt benutzt werden müssen und ich muss sicherstellen können, dass getrennte Zugänge geschaffen werden können bzw. keine "Fremden" sich innerhalb der internen Organisation aufhalten. Im Zweifelsfall müsste ich also Büros neu zuteilen, um durch Aufrücken zu erreichen, dass "unten" die möglichen Freiflächen für Dritte zur Verfügung stehen. Dieser Diskussion will ich mich nicht entziehen, aber ich kann derzeit überhaupt nicht absehen, wer dauerhaft im Homeoffice arbeiten wird, will oder kann.

Als Untermieter im neuen Amtshaus steht derzeit nur der Breitbandzweckverband fest, der auch so in der Raumplanung und mit den oben beschriebenen Aspekten berücksichtigt wurde. Bezüglich einer Polizeistation fehlt noch die finale Entscheidung aus Kiel.

Der Wegeunterhaltungsverband - ich denke, den meinten Sie - wird von mir keine Angebot zur Aufgabenwahrnehmung durch das Amt GuMS erhalten, so dass ich dieses Mietverhältnis auch nicht sehe. Der Verband wird garantiert dort einziehen, wo auch seine Verwaltung sitzt.

Diese Nachricht dient ausdrücklich nicht dazu, eine Diskussion im Haupt- und / oder Amtsausschuss abzuwürgen.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Jürgensen

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Michael Rahn <mr@kommunikateam.de>

Gesendet: Donnerstag, 14. Januar 2021 11:18

An: Jürgensen, R. <r.juergensen@amt-gums.de>; Wulff, F. <f.wulff@amt-gums.de>; Neumann, Juergen <j.t.neumann@t-online.de>

Betreff: Homeoffice / Pandemie, bitte weiterreichen an Personalrat

Guten Morgen Herr Jürgensen, guten Morgen Herr Wulff,

guten Morgen Herr Lütje, guten Morgen Herr Neumann,

sicherlich sind Sie alle darauf bedacht, unsere Amts-Mitarbeiter, dort, wo es möglich ist, bestmöglich zu schützen und beispielsweie auch ins Homeoffice zu schicken. Ich bitte aufgrund der weiter hohen Infektionszahlen darum, gemeinsam mit dem Personalrat nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, um die Kontakte in der Verwaltung noch weiter zu reduzieren und das Angebot für Homeoffice und andere Schutzprojekte zu erweitern.

Für den nächsten Hauptausschuss und den folgenden Amtsausschuss bitte ich zudem darum, uns Kommunalpolitikern einen Überblick zu geben, wie gut das Homeoffice genutzt werden konnte, und zwar in dersten Phase der Pandemie, im folgenden fast Normal-Betrieb und in der jetzt laufenden Phase der Pandemie.

Bitte analysieren Sie auch, was uns fehlt, um dieses Homeoffice noch verstärken zu können (bitte gern mit Zahlen für mögliche Ausgaben hinterlegen), oder was dagegen spricht, bestimmte Arbeiten ins Homeoffice zu verlegen.

Ich bitte zudem darum zu untersuchen, wie diese Erfahrungen in der neuen Amtsverwaltung umgesetzt und das Homeoffice sowie andere raumsparende Arbeitsmöglichkeiten (gemeinsame Nutzung von Büros) auch in pandemiefreien Zeiten genutzt werden können. Bitte prüfen Sie gemeinsam mit dem Personalrat, wie viel Bürofläche wir weniger als ursprünglich geplant nutzen

müssen. Das schafft uns zum einen Kapazitäten für mögliche Erweiterungen, zum anderen sollten wir versuchen, die freien Büros unterzuvermieten. Ein möglicher Untermieter könnte ja der Wegeverband werden, aber es gibt bestimmt auch noch weitere Interessenten. So könnten wir versuchen, die Kosten für die Miete zu senken.

Ich freue mich auf Ihre Reaktionen und die Debatten in den Ausschüssen

Bleiben Sie gesund!

Michael Rahn

--

Michael Rahn Op de Weid 2 25491 Hetlingen 04103 818 047 0171 880 6666
mr@kommunikateam.de

--

Michael Rahn Op de Weid 2 25491 Hetlingen 04103 818 047 0171 880 6666 mr@kommunikateam.de